

herigen Zustand anerkennen muß. Reichstag und Reichsregierung werden sich notgedrungen entschließen müssen, die Ausgaben des Reiches wesentlich zu beschränken, um eine weitere schwerliche Entlastung zu ermöglichen, sie dürfen sich nicht darauf beschränken, mit Fingern auf die Länder und die Gemeinden zu weisen, als ob gerade sie aus dem Wollen wirtschafteten, während in ihren Haushalten ein Defizit von vielen Millionen fließt, auf der anderen Seite aber der Reichstag fast jeden Monat die Kassen des Reiches und der Gemeinden um weitere Millionen vermehrt. Die Kapitalbildung in der Wirtschaft ist jenseitig nur im bescheidenen Umfange möglich. Gleichwohl weist die Entwicklung eine steigende Tendenz in der Bildung von Sparkapital auf. Die Guthaben der Sparkassen in Preußen sind von 482 Millionen Mark im Januar auf rund 1 Milliarde Mark im Oktober gestiegen, also um mehr als 100 Prozent. Die Zunahme im Oktober allein betrug mehr als 50 Millionen Mark. Es ist nicht, diese Zunahme allein als Sparmaßnahme der Beamtenhaft zu bezeichnen. Der überwiegende Teil der Wirtschaft wird nach Gruppe B-6 befolgt, führt also einen ständigen Kampf um die notwendigste wirtschaftliche Selbstbehauptung. Die Zunahme der Einlagebestände bei der Sparkasse zeigt jedenfalls das Vorhandensein einer starken Zunahme des Spartriebes in weiten Schichten des deutschen Volkes trotz der wirtschaftlichen Erschwernisse. Um wieviel stärker und schneller würde sich diese Wiederanschwellung des Sparkapitals bei entsprechender Steuer- und Wirtschaftspolitik vollziehen!

Der bisherigen Regierung ist es gelungen, eine Entlastung des uns von außen her beschwerenden Druckes zu bringen; die neue Regierung wird mehr als die alte bestrebt sein müssen, dem deutschen Wirtschaftsleben die Grundlagen eines gesicherten Daseins zu schaffen und zu sichern.

Die Räumung Kölns.

Abzug der Besatzung.

Köln, 11. Dez. Das englische Oberkommando teilt dem britischen Provinzialdienst mit, daß bisher folgende Truppen das Kölner Gebiet verlassen haben: Am 30. November rückte eine Kraftwagenabteilung nach Wiesbaden ab. Am 1. Dezember folgten ihr eine Feldkompanie Pioniere und ein Bortrupp des 1. Manchester Infanterieregiments, Abteilungen des Feldhospitals, der Pioniere, des Weidendienstes und der Militärpolizei. Diese Abteilungen wurden mit der Eisenbahn nach Wiesbaden befördert. Am 3. Dezember wurde das 1. Bataillon des 1. Manchester Infanterieregiments nach Rönningstein abtransportiert. Am 7. und 14. Dezember folgten bezw. folgen die Familien der schon abgerückten Truppen. Für den Rest des Monats Dezember sind noch folgende Transporte vorgesehen, wobei zu berücksichtigen ist, daß Wetterlage und Wegeverhältnisse eine Veränderung der Daten notwendig machen können: Am 14. Dezember soll abermals eine Kraftwagenabteilung abziehen, außerdem die Vorhut der schottischen Hochländer. Am 18. Dezember wird eine weitere Abteilung des Feldhospitals folgen und das Hauptquartier der 1. Brigade Köln verlassen. Am 22. soll das 2. Bataillon des Hochländerregiments abmarschieren. Unter der Voraussetzung, daß die Franzosen das Wiesbadener Gebiet bis zum 31. Dezember geräumt haben, ist, wie von englischer Seite versichert wird, zu hoffen, daß der weitere Abmarsch ordnungsmäßig erfolgt und die gesamte Kölner Zone am 31. Januar 1929 geräumt sein wird.

Wie dem britischen Provinzialdienst zu diesen Mitteilungen über den Abmarsch der englischen Truppen von anderer Seite noch erfährt, wird die Kölner Schutzmannschaft in demselben Tempo ergänzt und verstärkt, wie sich der Abzug der englischen Truppen vollzieht.

Die Umgruppierung der französischen Rheintruppen.

Paris, 11. Dez. Nach einer Habasmeldung aus Mainz sind die Umgruppierungsmassnahmen der Rheinarmee, die durch die Räumung der Kölner Zone notwendig geworden sind, im Gange und nehmen einen normalen Verlauf sowohl hinsichtlich des im Rheinland selbst durchgeführten Garnisonwechsels als auch hinsichtlich der Rückkehr gewisser Einheiten nach Frankreich. Das 91. Infanterieregiment, das in Mainz und im Brückenkopf von Wiesbaden, der an die Engländer abgetreten ist, in Garnison lag, ist am 8. und 10. Dezember nach Metz und Senlis abgegangen.

Fortgesetzte Unterdrückung des Deutschtums in Südtirol.

Innsbruck, 11. Dez. Die Innsbrucker Nachrichten melden aus Bozen, daß dort seit einigen Tagen auch alle Aufschriften in den Kirchen an erster Stelle den italienischen Wortlaut tragen. Die deutschen Schulbücher sind verpflichtet, die italienischen Predigten zu befolgen. Die Schulbehörden haben für den ganzen Bozener Bezirk angeordnet, daß der Religionsunterricht für die deutschen Kinder in italienischer Sprache zu erteilen ist. Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift hat zur Folge, daß den Seelsorgern die Erlaubnis zur Erteilung des Religionsunterrichtes entzogen wird.

Handelsvertragsverhandlungen mit Lettland.

Riga, 11. Dez. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Parlaments stimmte den Vorschlägen der Regierung betreffend Abschluß eines Handelsvertrages und Schiedsabkommens mit Lettland zu, worüber eine grundsätzliche Sitzung bereits in den Berliner Verhandlungen des vorhergehenden Außenministers Rejzowski und unlängst des Generalsekretärs Albas erteilt wurde. Die Unterzeichnung wird voraussichtlich bereits im Dezember nach Erledigung formaler Fragen und nach Vereinfachung des beiderseitigen Textes erfolgen.

Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge.

Berlin, 11. Dez. In seiner Nachmittagsitzung beschloß der Haushaltsausschuß des Reichstages, daß mit sofortiger Wirkung die Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge für die Hauptunterstützungsempfänger um 20 vom Hundert erhöht werden sollen. Für unterstützungsberechtigte Familienangehörige sollen die Unterstützungssätze um 10 Prozent erhöht werden. Die Höchstgrenze für eine Familienunterstützung werde ebenfalls um 10 Prozent erhöht. Dieser Beschluß tritt an Stelle des gestrigen Beschlusses des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages.

Greys Memoiren.

Berlin, 11. Dez. Nachdem kürzlich Greys, der englische Staatssekretär des Aeußeren bei Ausbruch des Krieges, seine von vielen mit Spannung erwarteten Memoiren veröffentlicht hat, die die Zeit von 1892 bis 1918 behandeln, hat der deutsche Staatssekretär des Aeußeren von Jagow, also der Gegenspieler Greys auf der deutschen Seite während der tragischen Tage von 1914, zu Greys Ausführungen in einem besonderen kleinen Buch Stellung genommen, das soeben im Verlag für Kulturpolitik in Berlin unter dem Titel „England und der Kriegsausbruch“ erschienen ist. Jagow beschränkt sich auf eine Auseinandersetzung mit Greys über die unmittelbare Vorgeschichte des Krieges vom Attentat von Sarajewo bis zum Kriegsausbruch.

Ein deutscher Defraudant in Paris erschossen.

Düren, 11. Dez. Oberpostsekretär Schuch vom Dürener Postamt, der vor einigen Wochen unter Mithahme von 26 000 Mark flüchtete, wurde, wie hier bekannt wird, in Paris, als er bei seiner Verhaftung Widerstand leistete, von der Polizei erschossen.

Besehung einer neuen serbisch-albanischen Demarkationslinie.

Belgrad, 11. Dez. Gestern wurde die neue Demarkationslinie an der serbisch-albanischen Grenze gemäß dem Abkommen betreffend Sveti Raam besetzt.

Die nächste Konferenz der Kleinen Entente.

Belgrad, 11. Dezember. Die Zeitung Breme glaubt zu wissen, daß die nächste Konferenz der Kleinen Entente in Ragusa Ende Januar stattfinden soll.

Tewfik Rüşdi Bey zur Mosulfrage.

London, 11. Dez. Tewfik Bey erklärte in einer Unterredung mit dem Genfer Berichterstatter des „Daily Express“ u. a.: Die Türken beabsichtigen keinerlei Angriffe. Wenn sie von Großbritannien oder sonst jemand angegriffen werden, können sie sich nur verteidigen. Der Völkerbund hat keine Befugnis, das Mosul-Gebiet Großbritannien zuzusprechen. Auf die Frage, ob die Türken Mosul besetzen werden, erwiderte er, dies sei eine Frage, die von der türkischen Nationalversammlung entschieden werden müsse. Ueber die russisch-türkischen Beziehungen sagte Tewfik Bey, diese seien vollkommen freundschaftlicher Natur. Keine von beiden Parteien werde eine Entscheidung annehmen, die die andere nicht wolle. Auf die Frage, ob die Türken im Angriffsfall die Sowjetregierung um Hilfe bitten würden, sagte er: „Wenn euer Haus angegriffen wird, werdet ihr dann nicht euer Nachbarn um Hilfe anrufen?“ Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt hierzu: Obgleich kein Zweifel gehegt wird, daß Moskau die Türken ermutigen wird, Großbritannien und dem Völkerbund äußersten Widerstand zu leisten, und Angora für den Fall eines Konfliktes Geld und Schutz angeboten hat, glaubt man nicht, daß Russland den Türken offene militärische Unterstützung gewähren wird.

Angriffe auf Damaskus.

Paris, 11. Dez. Habas meldet aus Beirut, die Aufständischen hätten gestern mittag zwei Einfälle in Damaskus, Syrien und westlich des Stadtviertels Affah unternommen. Der erste dieser Angriffe sei von 200 Mann ausgeführt worden, die gegen die beim englischen Hospital St. Louis errichtete Barrikade vorgezogen seien. Der Angriff sei von Verbarmen und Wölfskisten sowie durch das Feuer von Maschinengewehren und Artillerie abgesehen worden. Sieben der Angreifer seien dabei gefallen. Der zweite Angriff sei von 20 Mann unternommen worden, die sich über einen Kirchhof angeschlichen hätten. Auch sie wurden zurückgewiesen. Auf der Straße von Damaskus nach Kuneitra hätten mehrere Angriffe stattgefunden.

Medina im Besitz der Wahabiten.

London, 11. Dezember. Wie Reuter aus Kairo berichtet, erscheint die Meldung, daß Medina in die Hände der Wahabiten gefallen ist, glaubwürdig.

Verbot japanischer Zeitungen.

Tokio, 11. Dez. Die Zeitungen „Tschu“ und „Nihon“ sind von der Regierung verboten worden, weil ihre Artikel, in denen die Regierung wegen ihrer Haltung in der manchurischen Frage angegriffen und zur Verstärkung der Truppen in der Mandchuriet aufgefodert wurde, als aufreizend angesehen wurden. „Nihon“ hatte sich auf die Erklärung einer angesehenen japanischen Persönlichkeit berufen, daß das Prestige Japans gefährdet sei und man befürchten müsse, daß die Sowjetregierung die Herrschaft in der Mandchuriet an sich reiße. Die Regierung wurde wegen ihrer angeblichen Nachlässigkeit beim Schutze der japanischen Interessen getadelt und es wurde sogar angeregt, der Außenminister Baron Gidebara solle seine Unterfangensünden durch freiwilligen Selbstmord sühnen.

Aus Stadt und Land.

Kao, den 12. Dezember 1928.

Vermögenssteuererklärung bis 31. Dezember 1928.

Die Landesfinanzämter sind angewiesen worden, die Vermögenssteuererklärungen, die bis 31. Dezember eingebracht noch als fristgerecht abgegeben entgegenzunehmen. Es kommen daher Verzugszuschläge auf Grund des Paragraphen 170 der Reichsverfassung nicht zur Anwendung, wenn die Vermögenssteuererklärung bis zum 31. Dezember abgegeben wird.

Saatenstandsbericht Anfang Dezember 1928.

(Mitgeteilt vom Statistischen Landesamt.)

Die Winterung im November war im Verhältnis zur Jahreszeit noch recht mild; erst in den letzten Tagen des Monats wurden die Nächte etwas kälter und in den höheren Lagen trat Schnee ein, der sich Anfang Dezember über das ganze Land verbreitete. Infolge des offenen Wetters konnte von den Herbstsaaten, deren Bestellung durch die verspätete Dachsfrucht- und Grummeternte aufgeschoben wurde, noch viele Felder bestellt und die Herbstsaat in der Hauptsache beendet werden. In den meisten Erhebungsbezirken wird über das massenhafte Auftreten von Mäusen Klage geführt; trotz Anwendung von Vernichtungsmitteln hat sich ihre Zahl in einigen Bezirken noch nicht wesentlich vermindert; nur die Winterung kann hier heilsam eingreifen. Auch Schnecken haben den Saaten größeren Schaden beigelegt, doch haben sich hier die schädligsten Stellen zum Teil wieder ausgewaschen. Ebenso haben die Kröten die jungen Weizenpflanzen hin und wieder sehr heimgelacht, sobald ihr Aufgang mitunter nur dann ist. Die zeitigen Winterjaaten zeigen hier und da leere Stellen, die von Mäusen- und Schneckenfraß herrühren; es mußte aus diesem Grunde schon Neubestellungen vorgenommen werden. Die späten Saaten sind vielfach erst im Aufgehen begriffen und lassen sich noch schwer beurteilen. Der Acker hat besonders unter Mäusefraß stark gelitten, auch sind die Kleckschäden mitunter sehr unterteilt; die Pflanzen sind des Hieren vollständig abgestorben, sobald es traglich ist, ob sie wieder auskeimen werden. Insofern wird, nachdem schon ein Teil der Kleckpläne ungeritten worden ist, im Frühjahr noch ein weiterer Teil nachfolgen. Die Wintergerste hat durch Drahtmäuser etwas gelitten; der Schaden hat sich zum Teil wieder auszugleichen. Die sonstigen Pflanzarbeiten sind bei dem günstigen Herbstwetter weit vorgeschritten; es haben schon stellenweise Frühjahrsarbeiten vorgenommen werden können. In einigen industriereichen Bezirken mangelt es allerdings immer noch an Arbeitskräften, um die Herbstarbeit rechtzeitig fertigzustellen. Hiermit schließt die diesjährige Reihe der Saatenstandsberichte, die neue beginnt Anfang April 1929.

Für das Land sind folgende Durchschnittsnoten berechnet worden (dabei bezeichnet die Nr. 1 einen sehr guten, 2 einen guten, 3 einen mittleren, 4 einen geringen und 5 einen sehr geringen Stand): Winterweizen 2,6 (2,5), Wintergerste 2,6 (2,5); Wintergerste 2,4 (2,3); Raps 2,3 (2,5); Acker 3,1 (2,5) und Luzerne 2,8 (2,4). Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf den Dezember 1924.

Wohlfahrtsmärkte.

Zu Gunsten der Deutschen Nothilfe werden in der Zeit vom 15. Dezember 1928 bis einschließlich 15. Januar 1929 von allen Postämtern drei mehrfarbige Wohlfahrtsmärkte in den Freigebührenwerten von 5, 10 und 20 Pf. zum Preise von 10, 20 und 40 Pf. verkauft werden. Die Märkte sind nach Entwürfen des Kunstmalers Siegmund von Weech in München herzustellen und zeigen auf ovalem Blau außer dem Reichsdecker die Wappen der Länder Preußen, Bayern und Sachsen. Die Gültigkeit der Märkte zum Freimachen von Postsendungen — auch nach dem Auslande — dauert bis Ende März 1929. Wenn der Absatz der Märkte den Erwartungen entspricht, wird beabsichtigt, die Ausgabe von Wohlfahrtsmärkten unter Benützung der übrigen deutschen Länderwappen in den nächsten Jahren fortzusetzen.

Auswahlprüfung der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Am vergangenen Donnerstag, abends 7 Uhr, fand im Stadterordneten-Sitzungssaal eine ordentliche Sitzung des Ausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Aue und Umgebung unter Leitung seines Vorsitzenden Richard Lorenz statt, an der 9 Vorstandsmitglieder sowie als Mitglieder des Ausschusses 8 Arbeitgeber und 34 Arbeitnehmer teilnahmen.

Nach dem Berichte des Vorstandsvorsitzenden Max Fiedler wird die Kasse durch die derzeitige katastrophale Wirtschaftskrise erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Die Auswirkungen der Krise bestehen in einem starken Anschwellen der Krankenkasse und Rückgang der Beitragsentnahme infolge von Arbeiterentlassungen und Kurzarbeit. Nach den bisherigen Erfahrungen wirkt sich in Zeiten der Arbeitslosigkeit die Krankenkassenversicherung mehr und mehr zur Last der Arbeitgeber aus und wird dadurch ihren eigentlichen Aufzweckszweck verliert. Daß den Mitgliedern mehr an dem höheren Versicherungsbeitrag als an der niedrigeren Erwerbslosenunterstützung gelegen ist, weißt auch eine von der Kasse aufgestellte Statistik über die Ergebnisse der vertrauensärztlichen Untersuchungen, wonach 89 % der Vorgelesenen als arbeitsfähig in Frage kommen. Die Mitgliederzahl hat sich in diesem Jahre weiter günstig entwickelt. Ihre Höchstzahl lag am 1. Juli 1928, während sie am 1. Dezember 1928 betragen hat. A. H. sind bei der Kasse 281 Erwerbslose versichert. Angesichts der gegenwärtigen Kreditnot läßt der rechtzeitige Eingang der Rassenbeiträge zu wünschen übrig. Weiter berichtete der Vorstandsvorsitzende über das Ergebnis der von den beteiligten Versicherungsämtern vorgenommenen Prüfung der Gleichwertigkeit der Rassenleistungen auf Grund von 2.250 fl. der Reichsversicherungsordnung, über ein Abkommen des Landesverbandes sächsischer Ortskrankenkassen wegen des Austausches freiwilliger Mitglieder, über die Auswirkung der Bestimmungen über die Gemeinlast auf die Kasse und schließlich über den gegenwärtigen Stand der Kräftefrage.

Nach kurzer Aussprache wurde alsdann ein 15. Sitzungsnachtrag einstimmig genehmigt, der einen weiteren Ausbau der Rassenleistungen zur Folge hat. Die beschlossenen Mehrleistungen, die nach der Genehmigung des Oberversicherungsamtes in Kraft treten werden, bestehen im allgemeinen in Erhöhung des Höchstbetrages für größere Hilfsmittel und für Hilfsmittel gegen Verunstaltung und Verkrüppelung von 80

Im den-kl. 1, meinbedam- tages“ er- des Säch- fürgerme- ist aufget- Fragebog- siche Gem- den Anb- nen wesen- einem Bor- In diesem- noch darü- über ein S- in das Lan- fassungsm- tungen un- die nötig- liche Verh- unerwüns- heraus inn- auf irgenb- nahme gru- auf berech- Sächsisch- „Sächsisch- buches des- und auch- liegende G- lage nach- Ueberficht- jeden fäch- mit komm- ehrenamtli- Bild von b- sischen Gem- als ein U- munalen G- schnelle G- durch die- Rassenverf- teien soll- telen, die- lich soll- es- Verbindung- erleichtern- Dem 2- tunagen un- Buches erl- niffer fäm- hauptmann- ählung vo- alieber de- Wirtschaft- Sächsisch- eine Char- Das Buch- einen der- Saubtarupp- Wichtige f- 1. die An- 2. die An- 3. die Be- vom 1- Volksh- 4. die Pa- 5. die Or- 6. die Be- der Ze- und be- nen Be- 8. die An- 9. die An- In der- Gemeinde- gefährt. Die dri- Gemeindev- 1. bis Ber- ist ober- 2. die Fe- gestellt- 3. die Pa- 4. die Art- tungsgr- die nör- kenhaus- Einrich- stellung- die Th- die Frei- Elektriz- sind die- 7. die Be- sondere- 8. die An- 1900, f- Hierbe- was in eine- Der id- Namen im- wählten Be- Postlegen- ihrer Partel- Das D- aus. Es n- und sonst- nachtreich- unentbehr- des Buches